

# Fordern und Handeln mit Eigenverantwortung

Autor(en): **Reinhard, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung**

Band (Jahr): **30 (1988)**

Heft 4: **Behinderte Politik**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-157663>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



## **Fordern und Handeln mit Eigenverantwortung**

**Name: Reinhard, Andreas**  
**Parteizugehörigkeit: SP**  
**Wohnort: Oberburg (BE)**

Ich bin seit dem Erreichen der Volljährigkeit, also seit 1966, bei der SP. Bis 1987 war ich Gemeinderat von Oberburg und Präsident der Finanzkommission. Seit 1982 nehme ich Einsitz im Grossen Rat des Kantons Bern (Legislative). Die Legislatur dauert noch bis Ende Mai 1990, wo die Neuwahlen über eine weitere Amtsdauer entscheiden werden.

---

**Seit meiner Kindheit habe ich mich mit Fragen Behinderter auseinandergesetzt. Ich habe mich seinerzeit geweigert, meine Ausbildung in einer speziellen, für Behinderte zugeschnittenen Schule zu machen.**

---

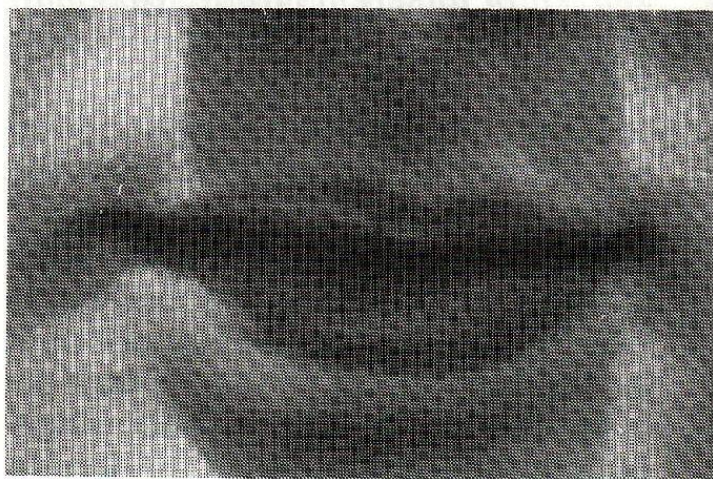
In meinem achten Lebensjahr bin ich an Polio erkrankt, seither immer auf den Rollstuhl angewiesen. Bedingt durch meine Erfahrungen mit der Behinderung ergeben sich zum Teil auch meine politischen Schwerpunkte. Dabei habe ich folgende konkreten Vorschläge gemacht:

- *Befreiung für Behinderte von der Motorfahrzeugsteuer*, wurde als

Postulat überwiesen; Suter (FDP, Biel) hat in dieser Legislatur diese Motion neu aufgegriffen und als solche durchgebracht; Realisierung nicht vor 1.1.1989.

- *Integration Behinderter in die Staatsverwaltung*. Dieser Vorstoss wurde als Postulat überwiesen. Ich verfolge die Sache laufend und darf feststellen, dass die Direktionen diesem Anliegen positiv gegenüberstehen und entsprechend handeln.

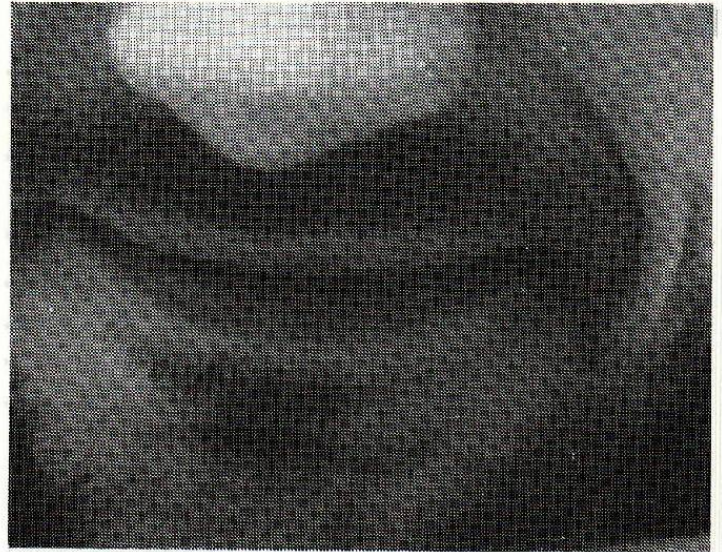
Weitere Schwerpunkte meines politischen Engagements bilden die Gesundheits-, Fürsorge- und Finanzpolitik. In diesen Sparten bin ich auch in internen Fachausschüssen tätig. In meiner ersten Legislatur 1982-1986 wurde zudem das Baugesetz verabschiedet. Dieses Gesetz gilt zur Zeit als das behindertenfreundlichste in der Schweiz.





Seit meiner Kindheit habe ich mich mit Fragen Behinderter auseinandergesetzt. Ich habe mich seinerzeit geweigert, meine Ausbildung in einer speziellen, für Behinderte zugeschnittenen Schule zu machen. Mein Ziel war es, mit meinen unbehinderten Altersgenossen/innen zur Schule zu gehen. Das ist mir und meinen Mitschülern/innen gelungen. Selbstverständlich sehe ich ein, dass dieses Vorgehen nicht in jedem Fall realisierbar ist. Doch sollten die Eingliederungsstellen nichts unversucht lassen, diesen Weg einzuschlagen und nach Lösungen zu suchen.

Nebst der Ausbildung im Sinne der Chancengleichheit ist mir der Lebensbereich «Wohnen» ein grosses Anliegen. Behindertengerechtes Bauen ist mir absolut wichtig und für alle, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind, notwendig. Aber ich wehre mich vehement dagegen, «Invaliden-Ghettos» zu erstellen. Behindertenfreundliche Voraussetzungen im Baulichen sollen überall geschaffen werden. In der Schweiz beschäftigen sich mehrere Selbsthilfeorganisationen mit architektonischen Barrieren und geben unterschiedlichste Empfehlungen heraus. Im Kontakt mit Bauherren musste ich nun feststellen, dass viele der Baufachleute ob der verschiedenen Forderungen verunsichert und damit



nicht mehr handlungsfähig sind. Deshalb bin ich für minimalste, vereinheitlichte Forderungen – und dafür setze ich mich ganz besonders ein –, denn ich meine, dass das Wohnproblem vom architektonischen Gesichtspunkt her einfach zu lösen ist. Die Minimalstforderungen betreffen die Mindesttürbreite, die Liftmasse und die schwellenlose Gestaltung der einzelnen Niveaus. Solche Forderungen wären bei jedem Neubau realisierbar, der finanzielle Aufwand ist vertretbar, und damit lässt sich das Ganze den Bauherren sicher besser «verkaufen» als mit aufwendigen Detailforderungen. Diese müssten dann – den jeweiligen Mobilitätserschwerpunkten und Bedürfnissen entsprechend – individuell eingerichtet werden. Damit könnten wir sogenannte «Invalidenwohnungen» vermeiden. ■